Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 66 (1974)

Heft: 5

Buchbesprechung: Destruktive Zeitzünder, asoziale Tendenzen in unserer Bildungsreform [H.-D. Ortlieb]

Autor: J.M.

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Buchbesprechung

Gedanken zu Ortliebs «Destruktive Zeitzünder, asoziale Tendenzen in unserer Bildungsreform»

«Für den Zustand und das Schicksal einer Gesellschaft ist vor allem die für das Bewusstsein und das Verhalten der Menschen richtunggebende Wertewelt entscheidend.» Dieser Satz von H.-D. Ortlieb in der von ihm herausgegebenen Broschüre «Destruktive Zeitzünder, asoziale Tendenzen in unserer Bildungsreform» (mit weiteren Beiträgen von Max Liedtke, Dieter Lösch und Joachim Schiller, Verlag Weltarchiv GmbH, Hamburg) ist grundlegend. Und es folgt aus dem zitierten Satz unmittelbar, dass für den Aufbau einer besseren Welt, einer gerechteren Wirtschaft und Gesellschaft die objektive Wertung sozialer und wirtschaftlicher Tatsachen, Verhältnisse und Ziele in möglichst breiten Volkskreisen von allergrösster Bedeutung ist. Wir wollen deshalb im Anschluss an die erwähnte und so ausgezeichnete Broschüre von H.-D. Ortlieb wertend Stellung nehmen zu Fragen der Wirtschaftsordnung und zur Lösung sozialer Konflikte; dies ohne den Anspruch, die angeschnittenen Fragen erschöpfend zu behandeln.

Die westliche Marktwirtschaft wird von Liberalen und Unternehmern als die ideale Wirtschaftsordnung schlechthin dargestellt und bewertet. Wer in ihr schwerwiegende Mängel aufdeckt, wird schnell als Marxist und Kommunist taxiert. Jeder Kritiker des Kapitalismus gefährdet angeblich die Grundlage des westlichen Wohlstandes und der westlichen demokratischen Gesellschaftsordnung.

Ebenso gefährlich und falsch ist aber die Neigung, an der westlichen Marktwirtschaft nur die Mängel und an einem sozialistischen Gegenbild nur die Vorzüge zu sehen. Besonders viele junge Leute sind «felsenfest davon überzeugt, dass eine bessere Welt nur auf den Trümmern der heute existierenden Strukturen aufgebaut werden kann, obwohl Vernunft und historische Erfahrung nicht sonderlich für diese Anschauung sprechen». Man träumt davon, einige radikale «systemüberwindende Reformen» würden genügen, um alle gesellschaftlichen Probleme zu lösen, während in Wirklichkeit jede Radikalkur zahlreiche, noch grössere Schwierigkeiten und unerwünschte Auswirkungen für den Menschen nach sich zieht.

Die Möglichkeiten zur Errichtung einer besseren Welt liegen aber klar zwischen den aufgezeigten Extremen. Eine rein destruktive Kapitalismuskritik ist ebenso falsch wie eine bedingungslose Verteidigung der westlichen Marktwirtschaft. Der besonnene und realistische Gewerkschaftler und Politiker frägt deshalb nach den konkreten Lösungsmöglichkeiten innerhalb des überschaubaren Rahmens der überkommenen und in mancher Hinsicht bewährten Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftsordnung und ist sich bewusst, dass die Missstände der Marktwirtschaft und darüber hinaus noch viele andere auch in den bisher realisierten sozialistischen Systemen existieren. Grundlegend und wegweisend ist deshalb, was H.-D. Ortlieb sagt: «Eine bessere Zukunft bringt weder die bedingungslose Verteidigung einer 'sozialen' oder wie auch immer sonst genannten Marktwirtschaft und erst recht nicht das neomarxistische Patentrezept. Deshalb ist... die politische Bildungsarbeit daran zu messen, inwieweit es ihr gelingt, das gesellschaftspolitische Denken aus einer geradezu hypnotischen Fixierung auf die alternativen Klischees Kapitalismus und Sozialismus zu befreien und den Blick für die realen Möglichkeiten – aber auch die Grenzen – einer sozialtechnisch-demokratisch orientierten Gesellschaftspolitik zu schärfen.» (Vgl. erwähnte Broschüre S. 23–29.)

Anzuleiten und die Fähigkeit zu vermitteln, soziale und politische Konflikte geregelt, demokratisch und fair auszutragen und zu lösen, ist eines der wichtigsten Ziele politischer und sozialer Erziehung und Bildung. Wenn dieses Ziel erreicht werden soll, dann muss man sich einmal davor hüten, Interessen und soziale wie politische Konflikte zu verwischen, ihr Gewicht unsachlich abzuwerten oder sie durch eine Partnerschaftsideologie überspielen zu wollen. Ebenso falsch, verhängnisvoll und sozialschädlich ist es aber, Interessenkonflikte zu überspitzen und klassenkämpferisch auf-

zubauschen. Zur Bewältigung sozialer und politischer Konflikte muss man klarmachen und davon überzeugen, dass es nicht dem gesellschaftlichen Fortschritt dient und zu einer lähmenden Polarisierung im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben führt, wenn ausschliesslich in den Kategorien «Interessen», «Interessenkonflikt» und «Klassenkampf» gedacht wird. Das oberflächliche Freund-Feind-Denken und der gesellschaftspolitische Alternativradikalismus führen zu einer ideologischen Bewusstseinsverengung, zur Kompromissunfähigkeit und zu radikalem Kurzschlusshandeln. Dessen müssen sich die kompromisslosen Verfechter der liberalen Marktwirtschaft ebenso bewusst sein wie jene, die aus dem Marxismus ein Dogma machen.
Zur Wahrnehmung berechtigter eigener Interessen muss deshalb als unerlässliches Element die Kompromissbereitschaft hinzukommen, ein Element, ohne das jede Gesellschaftsordnung in Chaos und Diktatur versinkt. Die Lähmung des ehemaligen deutschen Reichstages durch hoffnungslose Polarisierung sozialer und politischer Gegensätze hat dem Nationalsozialismus den Weg bereitet und ihn als noch einzig verbleibende politische Möglichkeit erscheinen lassen. Und die Lösung sozialer und politischer Konflikte verlangt die Tugend der Solidarität, bei aller Wahrung von Eigen- und Gruppeninteressen das Engagement für das Gemeinwohl, Bereitschaft zur Einordnung in die soziale Umwelt, Bereitschaft zur Wahrung von Recht und Frieden und zur Mehrung der sozialen Gerechtigkeit.
Darauf hinzuweisen und auf diese ethischen Kategorien hin zu erziehen, das darf keine gewerkschaftliche, politische und soziale Bildungsarbeit unterlassen. Jede Bildungsarbeit, die diesen Namen verdient und nicht Verbildung und Volksbetrug ist, wird deshalb auch die Auffassung entschieden zurückweisen, Schuldgefühle, Religion und Gewissen seien nur überflüssige Begleiterscheinungen der autoritären kapitalistischen Gesellschaft. Solche Utopie und Ideologie untergräbt jedes wirtschaftliche und soziale Verantwortungsbewusstsein, kann den Kapitalismus nur stärken, führt ins Chaos und damit in die faschistische oder kommunistische Diktatur. Jede solide Bildungsarbeit wird aber auch immer den Grundsatz vertreten, dass eine faire Austragung politischer und sozialer Konflikte ohne striktes Respektieren allgemein anerkannter demokratischer Spielregeln nicht möglich ist. (Vgl. erwähnte Broschüre S. 13, 19 und 28.)

J.M